

Antrag der AfD-Fraktion vom 26. Mai 2020 betr. stufenweise Reduzierung der Gewerbesteuer für den mittelfristigen Zeitraum und der langfristigen Abschaffung der Gewerbesteuer mit einer ersatzweise höheren Beteiligung an der Umsatzsteuer



AFD-Fraktion

Holzstr. 2, 64283 Darmstadt
Tel. 06151 6279 404 Fax - 402
www.AfD-Darmstadt-Fraktion.de
info@AfD-Darmstadt-Fraktion.de

AfD-Fraktion Holzstr. 2 64283 Darmstadt

An das Stadtverordneten-Büro
der Stadt Darmstadt
z. Hd. Herrn Daum
Im Carree 3
64283 Darmstadt

26.05.2020

Antrag auf stufenweise Reduzierung der Gewerbesteuer für den mittelfristigen Zeitraum und der langfristigen Abschaffung der Gewerbesteuer mit einer ersatzweise höheren Beteiligung an der Umsatzsteuer

Die AfD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Darmstadt wird aufgefordert, sich im politischen Raum für eine sofortige stufenweise Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer mit dem Langfristziel einer höheren Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer einzusetzen, um damit die Gewerbesteuer stufenweise abzuschaffen. Diese Forderung ist wegen der dramatischen Entwicklung der Gemeindehaushalte hochaktuell.

Im Jahr 2020 sollte der Hebesatz für die Gewerbesteuer auf 425 % sinken, für 2021 dann auf 400 % und im Jahre 2022 auf 375 % auf das gängige Niveau der Nachbargemeinden sinken.

Das langfristige Ziel ist die Abschaffung der Gewerbesteuer bzw. die Umschichtung zugunsten einer höheren Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer.

Begründung:

Mindestens für die Jahre 2020 und 2021 ist für die Stadt Darmstadt (und andere Kommunen) mit einem hohem Ausfall der Gewerbesteuer und ebenfalls einem starken Rückgang der anteiligen Einkommensteuereinnahmen zu rechnen.

Hier wird gerade von kleinen und mittleren Unternehmen keine Gewerbesteuereinnahmen auf nur annähernden Niveau der Jahre 2019 bzw. für die Stadt Darmstadt zu erwarten sein.

Die stufenweise Reduzierung der Gewerbesteuer dient insbesondere der langfristigen Stimulierung der lokalen kleinen und mittelgroßen Gewerbeunternehmen im Rahmen der Schaffung neuer Arbeitsplätze insbesondere im Bereich des Mittelstandes und auf den entscheidenden Wirtschaftszweig Deutschlands (und der Kommunen).

Die langfristige Abschaffung der Gewerbesteuer mit einer Umschichtung auf eine höhere Partizipierung der Kommunen an der Umsatzsteuer dient dann der notwendigen Steuervereinfachung bzw. Bürokratieabbau und der Förderung des Unternehmertums, insbesondere dem deutschen Mittelstand.

Die Hebesätze der benachbarten Gemeinden mit ähnlichem Niveau bzgl. der Infrastruktur wie Darmstadt (Egelsbach [380 %], Langen [370 %], Dreieich [370 %], Messel [380 %], Groß-Zimmern [380 %], Roßdorf [390 %], Ober-Ramstadt [380 %], Mühlital [380 %], Seeheim-Jugendheim [380 %], Pfungstadt [400 %], Griesheim [390 %], Weiterstadt [380 %] und Erzhausen [380 %]) liegen alle deutlich unter dem Hebesatz von Darmstadt [454 %].

Es gilt für die Stadt Darmstadt, einen Wettbewerbsvorteil zu erreichen bzw. wieder eine unternehmerfreundliche Mittelstandsumgebung herzustellen und zudem die brachliegende Wirtschaft -gerade im Bereich der mittleren und kleinen Unternehmen -nachhaltig zu fördern.

Für die AfD-Fraktion Darmstadt

Günter Zabel

Prof. Dr. Wolfgang Schöhl

G. Zabel W. Schöhl